

„Es wird immer noch eins draufgesattelt“

EUROPA Parlamentsabgeordneter Hans-Peter Mayer in Jever – Kritik an Umsetzung des EU-Rechts

Der 65-Jährige rief dazu auf, zur Europa-Wahl zu gehen. Seine Kritik: Deutschland setzt EU-Recht nicht 1:1 um, sondern sattelt drauf.

VON JÖRG GRABHORN

JEVER – Wenn Europa bzw. die Europäische Union bei den Deutschen nicht so gut angesehen ist, dann hat das nicht unbedingt etwas mit der EU zu tun, sondern auch damit, wie EU-Richtlinien in Deutschland umgesetzt werden. Meint Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer.

„Deutschland“, sagt der Europa-Abgeordnete aus Vechta, der auch für den deutschen Nordwesten zuständig ist, „ist einfach nicht in der Lage, EU-Recht 1:1 umzusetzen.“ Die Deutschen verstehen immer noch eins drauf und verschärfen das, was in Brüssel beschlossen worden ist.

Beispiel: die Legehennenhaltung. Laut EU-Richtlinie von 1989 muss die Käfighaltung bis 2012 abgeschafft werden. Deutschland habe die Übergangsfrist aber aufs Jahr 2006 vorverlegt, sagte Mayer jetzt bei einem Besuch in Jever. Der CDU-Bundestagsabgeordnete.

Hans-Werner Kammer hatte den EU-Parlamentarier der EVP-ED-Fraktion (Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten) im Vorfeld der Europa-Wahl am 7. Juni nach Friesland eingeladen.

Maßgeblich Renate Künast, Agrarministerin der frü-



In der Schlosskäserei von Hans-Georg Hertel (Vierter von links) informierte sich Hans-Peter Mayer (links neben Hertel) über die Auswirkungen der EU-Politik auf lokaler Ebene. Mit dabei die CDU-Politiker (von links): Peter Kaiser, Heide Bastrop, Harry Funk und Hans-Werner Kammer.

WEF PHOTO LIBRARY

heren rot-grünen Bundesregierung, sei für die Verschärfung bei der Legehennenhaltung verantwortlich, sagte Mayer. Zugleich war er dafür, zur Europa-Wahl zu gehen, aber sein Kreuz natürlich an der richtigen Stelle zu setzen: Es sei eben nicht eierfiet, wer im Europa-Parlament sitzt.

Das „eklatante Demokratie-Defizit“ früherer Jahre, als Entscheidungen allein in der Runde der jeweiligen Fachminister bzw. der Regie-

rungschefs fielen, ist nach Mayers Worten bereits deutlich verringert worden. Nun gehe es darum, das Europa-Parlament weiter zu stärken. Minister und Staatschefs vertreten die Interessen ihrer Länder, die EU-Parlamentarier die der Bürger, argumentiert Mayer.

Der Jurist aus Vechta liefert aber auch ein Beispiel, das den einen oder anderen am Europäischen Parlament zweifeln lassen dürfte: Die Abgeordneten haben mehrheit-

lich einem Richtlinien-Entwurf zugestimmt, der sich für Gen-Untersuchungen an Menschen ausspricht, um genetisch bedingte Erkrankungen frühzeitig erkennen zu können.

Was die Erhöhung der Milch-Quote mit dem Ziel des kompletten Ausstiegs angeht, sagt Mayer: Er habe in zahlreichen Veranstaltungen nie ein eindeutiges Votum für oder gegen die Quote erhalten. Die EU wolle den jungen Landwirten Chancen geben,

die sich als Unternehmer verstehen. Umstritten ist auch der Beitritt der Türkei. Nach Mayers Worten hakt es bei der faktischen Umsetzung. Denn vor einem Beitritt müsse ein Kandidat das EU-Recht übernehmen. Es sei unterteilt in 35 Kapitel. Mit der Türkei werde über zehn Kapitel verhandelt – allerdings. Die Gespräche zu acht dieser zehn Kapitel lägen im Moment auf Eis, weil auf politischer Ebene nichts vorangeht. Erst in 20 Jahren, so Mayer, könnte der Beitritt der Türkei ernsthaft zur Debatte stehen.

Ungeachtet strittiger Entscheidungen oder eines gewissen Unmuts über die Reglementierungspolitik der EU: Unstrittig ist, Europa ein Erfolg, meint Mayer.

Ob Straßen- oder Radwegbau, Orissanierung oder andere Investitionen: „In fast jeder Maßnahme vor Ort steckt EU-Mittel.“

Die Bundesrepublik sei mit 22 Milliarden Euro Beitragszahlungen zwar ein Netto-Zahler, da nur 18 Milliarden wieder zurückfließen. Aber Deutschland als Exportnation profitiere in enormen Maße vom europäischen Binnenmarkt und von der Periode des Friedens und der Stabilität seit 1945.

Quelle: WHV-Zeitung 05.05.09